LANDKREIS NIENBURG/WESER
D E R L A N D R A T

SGA/01/2022

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren
am Dienstag, dem 08.03.2022, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 16:49 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg als stellv. Vorsitzende

Herr KTA Henrik Buschmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen
Frau KTA Kirsten Heusmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald
Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg, ab 16:25 Uhr
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 NKomVG

Herr KTA Anton van den Born, 31547 Rehburg-Loccum

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Fellhauer, 27324 Gandesbergen

Verwaltung

Frau Kreisrätin Kathrin Woltert,
Herr KVR Karsten Buchholz, Fachbereich Soziales
Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
Frau KAR Andrea Braunack, Fachdienst Senioren und Pflege als Protokollführerin

Die stellvertretende Vorsitzende KTA Weißenborn eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 23.11.2021

TOP 2: Erhöhung des Zuschusses für die Beratungs- und Interventionsstelle (BISS) im Jahr 2022

2022/030

TOP 3: Mitteilungen/Anfragen

TOP 3.1: Mitteilungen/Anfragen; hier: Schuldnerberatung

TOP 3.2: Mitteilungen/Anfragen; hier: Gesundheitsveranstaltung

TOP 3.3: Mitteilungen/Anfragen; hier: Flüchtlinge aus der Ukraine

TOP 3.4: Mitteilungen/Anfragen; hier: Projekt "Arbeit mit Tätern"

TOP 3.5: Mitteilungen/Anfragen; hier: Corona-Pandemie

TOP 3.6: Mitteilungen/Anfragen; hier: Gendergerechte Sprache

TOP 4: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die stellv. Vorsitzende	Protokollführerin	Der Landrat In Vertretung
gez. Weißenborn	gez. Braunack	gez. Woltert
Kreistagsabgeordnete	Kreisamtsrätin	Kreisrätin

Protokoll zu TOP 1

08.03.2022

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 23.11.2021

Beschluss:

Das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 23.11.2021 wird mit folgender Änderung genehmigt:

Unter TOP 4 - Haushaltsplanung 2022 – Gleichstellungsbeauftragte –
heißt es statt

Heusmann ergänzt, dass Täter nicht zum Beratungsgespräch zur Polizei gingen. Sie wären vielleicht eher bereit, zur Beratungsstelle zu gehen.

nunmehr

Frau Heusmann ergänzt, dass die im Landkreis Nienburg vorhandenen Beratungsmöglichkeiten für Täter nicht ausreichen und um ein solches Angebot ergänzt werden sollten.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

Frau Braunack teilt mit, dass Frau Heusmann den im Beschluss genannten Änderungswunsch im Vorfeld dieser Sitzung vorgebracht hat.

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Soziales, Gesundheit und Senioren** am
08.03.2022

Protokoll zu TOP 2

2022/030
08.03.2022

Erhöhung des Zuschusses für die Beratungs- und Interventionsstelle (BISS) im Jahr 2022

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Schaumburg e.V., für die Beratungs- und Interventionsstelle (BISS) für das Haushaltsjahr 2022 bereits bewilligte Zuschuss in Höhe von 5.000,- € wird um einen Betrag von 3.155,- € unter der Voraussetzung erhöht, dass die Restfinanzierung durch das Land gesichert ist.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Herr Buchholz erläutert die Sitzungsvorlage.

Frau Heusmann teilt mit, dass das Nienburger Frauenhaus und die BISS zwei eigenständige Einrichtungen seien. Sie sei als Mitarbeiterin des Frauenhauses in keiner Weise in die Arbeit der BISS involviert. Es bestehe bei diesem TOP daher kein Interessenkonflikt, so dass ihre Beteiligung an der Abstimmung möglich sei.

Sie könne die Ausführungen der Verwaltung nachvollziehen, dass der Internetauftritt der BISS noch verschoben werden sollte, hoffe aber auf eine Förderung im Folgejahr.

Sie merkt an, dass der übliche Zuschuss von seit Jahren 5.000,00 € sehr gering sei, und bittet, zukünftige Anträge der BISS der Sitzungseinladung beizufügen.

Protokoll zu TOP 3

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Soziales, Gesundheit und Senioren** am
08.03.2022

Protokoll zu TOP 3.1

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Schuldnerberatung

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Frau Woltert teilt mit, dass der Paritätische die Schuldnerberatung für den Landkreis Nienburg übernommen habe. Der dort zuständige Berater Herr Lippel gehe nun nach jahrelanger bewährter Arbeit in den Ruhestand.
Landkreis und Paritätischer befänden sich derzeit noch in Vertragsverhandlungen, der Paritätische wolle die Stelle jedoch schon ausschreiben. Der Landkreis habe sich hiermit einverstanden erklärt, da man von einer Weiterführung des Vertrags ausgehe.

Protokoll zu TOP 3.2

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Gesundheitsveranstaltung

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Frau Woltert kündigt eine Veranstaltung zum Thema Gesundheitsversorgung im Landkreis im Juni 2022 an, auch unter dem Eindruck der Schließung des Krankenhauses Stolzenau. Es solle eine Info-Veranstaltung im geschlossenen Kreis sein, zu der auch dieser Ausschuss eingeladen werde, ebenso Landtagsabgeordnete.

Vorgesehen seien Vorträge der Geschäftsführung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, der Helios-Kliniken sowie des Fachdienstes Brandschutz und Rettungsdienst des Landkreises zum Thema Rettungsdienst.

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Soziales, Gesundheit und Senioren** am
08.03.2022

Protokoll zu TOP 3.3

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Flüchtlinge aus der Ukraine

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Herr Buchholz teilt mit, dass zurzeit im Landkreis noch relative Ruhe herrsche. Viele Flüchtlinge seien bei Verwandten oder Bekannten untergekommen. Vereinzelt kämen aber bereits Anfragen, auch nach Wohnraum. Zudem erreichten den Landkreis stündlich Hilfsangebote, auch Angebote von Wohnraum.

Man könne davon ausgehen, dass der Landkreis in naher Zukunft Flüchtlinge zentral zugewiesen bekomme. Der Landkreis bereite sich auf alle Szenarien vor.

Die Flüchtlinge hätten Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie hätten keine Ansprüche auf SGB II–Leistungen über das Jobcenter.

Frau Woltert ergänzt, dass sich die Thematik durch ihr gesamtes Dezernat ziehe. Beispielsweise müsse sich die VHS auf Integrationskurse vorbereiten. Auch die Covid-Impfung für Flüchtlinge, die ja über den gesamten Landkreis verteilt seien, müsse koordiniert werden.

Herr Höper merkt an, dass die jüngst zugewiesenen afghanischen Ortskräfte einen sofortigen Arbeitsmarktzugang erhalten hätten. Er fragt, ob der Status der ukrainischen Flüchtlinge damit vergleichbar sei.
Herr Buchholz stimmt insoweit zu, dass den aktuellen Flüchtlingen umgehend eine Arbeitserlaubnis erteilt werden könne. Allerdings sei der Status grundlegend anders: Während die sogenannten Ortskräfte pauschal als anerkannte Flüchtlinge dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen seien, gelte für die Flüchtlinge aus der Ukraine ein besonderes Verfahren nach den Bestimmungen des AsylbLG für Kriegsflüchtlinge.

Es müsse sich auch zeigen, ob die Menschen arbeiten können, da sich abzeichne, dass überwiegend Frauen mit Kindern hier Zuflucht suchen. Für diese (Teil-)Familien stehe die Beschulung und Sicherstellung der Betreuungssituation zunächst im Vordergrund, mittelfristig dann erst Sprachförderung und Erwerbsintegration. Auch sei ungewiss, wie lange die Situation andauere. Die meisten Flüchtlinge wollten so schnell wie möglich zurück in die Heimat.

Herr Sommerfeld fragt, ob – wie bei der letzten Flüchtlingswelle – Info-Flyer für die Flüchtlinge geplant seien.

Frau Woltert antwortet, dass der Bedarf zurzeit noch nicht gegeben sei, da viele Flüchtlinge in Familien untergekommen seien. Bei Bedarf würden aber Flyer erstellt werden. Man suche nach Infos auf Ukrainisch.

Protokoll zu TOP 3.4

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Projekt "Arbeit mit Tätern"

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Frau Bauer bezieht sich auf die in der letzten Sitzung dieses Ausschusses aufgeworfene Frage, aus welchem Haushalt das Projekt „Arbeit mit Tätern“ finanziert werden sollte. Sie informiert, dass die angefragten 5.000,00 € in 2022 voraussichtlich nicht zur Auszahlung kämen. Für die Zukunft müsse man überlegen, welchem Haushalt das Projekt zugeordnet werden solle.

Frau Kurowski sagt, dass dies vor der nächsten Haushaltsberatung diskutiert werden sollte.
Sie fragt, ob als Träger nicht der Paritätische in Frage komme.

Frau Bauer teilt mit, dass sie derzeit mit Herrn Weichert von der Täterberatung Stadthagen in Kontakt stehe.

Protokoll zu TOP 3.5

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Corona-Pandemie

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Herr van den Born fragt, ob der Impfstoff Novavax im Landkreis angekommen ist.
Frau Woltert bejaht dies. Der Impfstoff werde aber kaum nachgefragt.

Weiter möchte Herr van den Born wissen, ob der Impfbus unterwegs ist.
Frau Woltert bejaht auch dies, es gebe aber nur wenige Impfungen im Impfbus.

Außerdem fragt Herr van den Born, ob der Landkreis auf Long-Covid vorbereitet sei.
Perspektivisch müsse man mit 1.200 bis 1.300 betroffenen Personen im Landkreis rechnen. Diese bräuchten Beratung und Hilfe.
Frau Woltert sagt, sie werde sich mit der Thematik beschäftigen.

Herr Höper merkt an, dass man in seiner Region 5.000 Flyer zum Thema Impfen verteilt habe. Dennoch sei es schwierig, mehr Menschen zu motivieren, sich impfen zu lassen.
Er lobt ausdrücklich die Impfangebote des Landkreises und betont, dass das Verfahren schnell und unkompliziert und die Mitarbeiter:innen immer freundlich seien.

Frau Kretschmer fragt, ob es immer noch eine Altersgrenze für die Viert-Impfung gibt.
Frau Woltert verneint dies. Es könnten auch jüngere Menschen kommen.

Protokoll zu TOP 3.6

08.03.2022

Mitteilungen/Anfragen; hier: Gendergerechte Sprache

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Frau Heusmann fragt, ob es Überlegungen gibt, den Namen dieses Ausschusses gendergerecht zu ändern.

Frau Woltert antwortet, dass sie klären werde, ob dazu ein Beschluss notwendig ist.

Im Nachgang:
Es bedarf dafür eines Kreistagsbeschlusses. § 25 der Geschäftsordnung müsste geändert werden.

08.03.2022

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.